

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 84 (1997)
Heft: 11: Berufsbildung

Rubrik: Blickpunkt Kantone

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blickpunkt Kantone

Aargau

Aargau kämpft um Fachhochschulen

Aufregung um die geplanten zwei Fachhochschulen im Aargau: Die Volksabstimmung über das Gesetz findet im September statt, im November soll die erste Schule starten. Der Bund möchte, dass der Aargau mit Solothurn und der Region Basel zusammenspannt. Davon will die Aargauer Regierung nichts wissen.

Die Würfel sind noch nicht gefallen, aber alle Vorbereitungen für das Spiel sind getan. Die Aargauer Regierung will im November planmässig mit der Fachhochschule Technik, Wirtschaft und Gestaltung starten. Zuerst muss noch das kantonale Fachhochschulgesetz am 28. September in der Volksabstimmung eine Mehrheit finden. Opposition gegen das Gesetz ist nicht auszumachen. Die zweite Aargauer Fachhochschule (Schwergewicht Gesundheit und soziale Arbeit) soll im Herbst des nächsten Jahres ihren Betrieb aufnehmen. So sieht das Drehbuch der Regierung bisher aus.

Doch der Bundesrat, der in der ganzen Schweiz rund zehn Fachhochschulen bewilligen will, und die Eidgenössische Fachhochschul-Kommission konnten der Regierung in Aarau einen Strich durch die Rechnung machen. Die Kommission schlägt vor, dass der Aargau keine eigenständige Fachhochschule erhält, sondern mit der Region Nordwestschweiz zusammenspannt. Der Aargau ist damit in der gleichen Situation wie der Nachbarkanton Solothurn: Sie sollen sich den Schulen in den Kantonen Basel-Stadt und Baselland anschliessen. Der Grundsatzentscheid des Bundesrates wird bis Januar 1998 erwartet.

⟨BaZ⟩, 8.8.97

Neuregelung des Privatunterrichts

Der Erziehungsrat hat einen Verordnungsentwurf über die Neuregelung des Privatunterrichts verabschiedet und in die Vernehmlassung gegeben. Um vermehrt Rechtsklarheit zu schaffen und zu verhindern, dass die Bewilligungspflicht für Privatschulen umgangen wird, soll in der Volksschulverordnung neu eine klare Abgrenzung zwischen Privatschulen und Privatunterricht verankert werden. Für letzteren braucht es keine Bewilligung, sofern gleichzeitig nicht mehr als fünf Kinder innerhalb der gleichen Institution unterrichtet werden.

Pressemitteilung

Baselland

Christliche Schule öffnet die Pforten

Mit dem offiziellen Schulbeginn hat in Liestal auch eine neue Privatschule ihre Pforten geöffnet: die Freie Christliche Schule. Zwölf Kinder in drei Klassen besuchen den Unterricht. Ins Leben gerufen wurde die Schule von der Christlichen Bekenntnisschule, die bereits in Riehen mit einigem Erfolg wirkt.

⟨BaZ⟩, 12.8.97

Basel-Stadt

Ein «historischer Tag» für das Basler Schulwesen

Mit der Weiterbildungsschule Basel-Stadt wurde zum Schuljahresbeginn eine neue Schule eröffnet, die den zweiten Schritt der Basler Schulreform darstellt und zur allgemeinen Berufsreife führt. Gleichzeitig haben die fünf verbliebenen Gymnasien des Stadtkantons nach dreijähriger Pause wieder neue Schüler erhalten, die nun eine auf fünf Jahre konzentrierte Vorbereitung auf die Hochschulreife absolvieren.

⟨BaZ⟩, 12.8.97

Bern

15 Millionen Franken für 12 000 Lehrer

Die Zentralstelle für Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung im Kanton Bern feiert heuer ihr 25-Jahr-Jubiläum. 15 Millionen Franken wendet der Kanton Bern heute für die Fortbildung der rund 12 000 Lehrkräfte auf.

Mit kontinuierlicher Fortbildung und der Ausrichtung auf lebenslanges Lernen können Lehrerinnen und Lehrer ihre berufliche Qualifikation immer wieder auffrischen und ihre pädagogisch-psychologische, aber auch die fachliche, die methodisch-didaktische und die persönliche Kompetenz weiterentwickeln. Eine umfassende Kompetenz der Lehrkräfte ist für Erziehungsdirektor Peter Schmid Bedingung für einen guten Unterricht und Voraussetzung dafür, dass Lehrerinnen und Lehrer ihren Beruf mit Freude ausüben könnten, wie er in seinem Referat zum 25jährigen Bestehen der Zentralstelle für Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung in der Lerbermatt in Köniz ausführte. Die Person der Lehrerin oder des Lehrers ist für

den Erziehungsdirektor die wichtigste Bedingung für eine gute Schule.

⟨BZ⟩, 20.8.97

Luzern

Stadtrat will in den Schulhäusern Würzenbach und Pestalozzi Tagesschulen einrichten

Wenn es nach dem Willen des Stadtrats geht, erhält die Stadt Luzern ab Schuljahr 1998/99 zunächst im Schulhaus Würzenbach, ein Jahr später auch im Schulhaus Pestalozzi, Tagesschulen. Man reagiere damit auf gesellschaftliche Veränderungen (immer mehr Alleinerziehende, Einzelkinder und Doppelverdiener), wie Schuldirektorin Irene Hartmann an einer Medienkonferenz betonte.

⟨NZL⟩, 16.8.97

Zürich

Protest der Lehrerschaft

Der Gesetzesentwurf zur Neuorganisation der Lehrerbildung wird von der Lehrerschaft abgelehnt. Sauer stösst den Pädagogen insbesondere die Abschaffung des Allrounderprinzips an der Oberstufe auf. Der «von oben verordnete flächendeckende Systemwechsel» zum Fächergruppenlehrer sei aus pädagogischen Gründen falsch. Zudem widerspreche er dem Konzept der teilautonomen Volksschule, das eine auf die lokalen Verhältnisse ausgerichtete Schulentwicklung vorsehe. Unbefriedigend im Vorschlag der Regierung sei zudem die fehlende Durchlässigkeit der Ausbildungsgänge, hält der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV) in einem Communiqué fest. Statt die Zulassungsbedingungen zu vereinheitlichen (gymnasiale Matura oder vergleichbarer Abschluss), halte die Regierung an der traditionellen Hierarchie fest. Damit werde die heute geforderte Mobilität im Lehrerberuf «erschwert oder verhindert». Der ZLV will deshalb demnächst «die Idee eines modularen Aufbaus der Ausbildungsgänge» zur Diskussion stellen.

⟨TA⟩, 9.8.97

Thomas Lindauer

Schlaglicht

Persönlichkeitsrecht

«Ihr Anwalt teilte mit, dass seine Mandanten durch die Rechtschreibreform ihr Erziehungsrecht, das allgemeine Persönlichkeitsrecht [...] verletzt sehen.»
(Tagesanzeiger, 27.8.97)

Zu Beginn drehte sich die Kritik an der Rechtschreibreform noch um belämmert, Quäntchen und andere Kleinigkeiten. Seit aber Juristen gegen die Reform vorgehen, reichen solche Marginalien natürlich nicht mehr aus. Die von keinem Sachverstand getrübe Behauptung, dass die Reform das Erziehungsrecht verletzt, geht zu weit: Die Orthografie ist nur ein Instrument, mit dem wir Sprache verschriften. Mit der Reform wurde dieses Instrument verbessert, ohne dass sich an der Sprache und der sprachlichen Bildung etwas geändert hätte. Es bestreitet niemand, dass unsere Kinder den Umgang mit Werkzeugen lernen sollen und dies Teil der Bildung sein muss. Eine neue Bauweise eines Werkzeugs kann jedoch Persönlichkeitsrechte nicht verletzen. Ist etwa das Erziehungsrecht der Eltern eingeschränkt, wenn ihr Kind statt eines Rechenschiebers einen Taschenrechner benützt!? Ein Instrument ist dann gut, wenn es sich zur Lösung eines Problems möglichst einfach verwenden lässt. Daher spricht die Gruppe Olten fälschlich von einer «Pseudoreform, die vielleicht die Orthographie vereinfacht, das Sprachverständnis hingegen keineswegs fördert». Die Reform ist gelungen, wenn sie die Orthografie vereinfacht; von ihr zu fordern, dass sie Einblicke in den Bau der Sprache eröffnet, ist unangemessen: Ein Schraubenzieher kann Einblick in eine Steckdose eröffnen, er wird dadurch aber noch lange nicht das Verständnis für den Strom oder gar für die Energiepolitik fördern.